

## Fall 8: Außer Spesen noch was gewesen

### Sachverhalt

V und K haben einen Kaufvertrag über eine Maschine geschlossen. V ist nach dem Vertrag auch zur Lieferung und Montage verpflichtet. Lieferung und Montage werden durch Angestellte des V einwandfrei ausgeführt.

Beim Verlassen des Firmengeländes beschädigt A, ein Angestellter des V, infolge einer leichten Unachtsamkeit mit dem Lkw des V einen Pkw des K. Die Reparaturkosten für den Pkw des K betragen nach einem Sachverständigengutachten 6.000,– €.

1. Welche Ansprüche stehen K gegen V und gegen A nach dem BGB zu? Das Straßenverkehrsgesetz (StVG) ist nicht zu berücksichtigen.
2. Ändert sich etwas, wenn V nachweist, dass er A vor elf Jahren besonders sorgfältig ausgewählt hat?
3. Welche Ansprüche bestehen im Verhältnis V zu A?

### Vorüberlegungen

Dieser vom Sachverhalt her recht einfache Fall hat es in sich! Er enthält schon zu Beginn einige Probleme bezüglich der Auswahl der möglichen Anspruchsgrundlagen und der Prüfungsreihenfolge:

- Es kommen nämlich vertragliche und gesetzliche Ansprüche in Betracht.
- Außerdem sind Ansprüche gegen V und gegen A zu prüfen.
- Anschließend ist auf das Verhältnis zwischen V und A einzugehen.

Wie und womit ist die Prüfung also zu beginnen? Allgemein gilt die Regel, dass vertragliche *vor* gesetzlichen Ansprüchen zu prüfen sind. Vertragliche Ansprüche können hier nur zwischen V und K bestehen, da (nur) zwischen diesen Personen ein (Kauf-)Vertrag vorliegt. Dann ist es sinnvoll, nach den vertraglichen Ansprüchen gegen V auch die gesetzlichen Ansprüche gegen V zu prüfen und anschließend die Ansprüche des K gegen A zu untersuchen.

Auf jeden Fall sollten die Ausführungen gegliedert werden, damit Sie den Überblick behalten und – vor allen Dingen – um dem Leser einen Überblick zu verschaffen.

## Lösung

### 1. Frage: Ansprüche K gegen V und gegen A nach dem BGB

#### 1. Teil: Ansprüche gegen V

##### 1. Anspruch aus § 280 Abs. 1 BGB

K könnte einen Anspruch auf Ersatz der Reparaturkosten an dem beschädigten Fahrzeug in Höhe von 6.000,– € gegen V aus § 280 Abs. 1 BGB haben<sup>1</sup>.

##### 1.1 Schuldverhältnis

Dann müsste zwischen V und K ein *Schuldverhältnis* bestehen. Dies kann ein vertragliches, ein vorvertragliches oder ein gesetzliches Schuldverhältnis sein. Hier liegt ein vertragliches Schuldverhältnis vor, weil V und K einen Kaufvertrag geschlossen haben.

##### 1.2 Objektive Pflichtverletzung des V

V müsste eine *Pflicht* aus dem Schuldverhältnis – dem Kaufvertrag – *verletzt* haben. Entsprechende Pflichten können sich aus § 433 BGB i. V. m. § 241 Abs. 1 und Abs. 2 BGB ergeben. Die Hauptpflichten (§§ 433 Abs. 1, 241 Abs. 1 BGB) aus dem Kaufvertrag (Lieferung und Montage einer mangelfreien Maschine) hat V nicht verletzt.

In Betracht kommt aber die Verletzung einer *Nebenpflicht*. Nach § 241 Abs. 2 BGB kann das Schuldverhältnis nach seinem Inhalt jeden Teil (jede Partei) zur Rücksicht auf die Rechte, Rechtsgüter und Interessen des anderen Teils (der anderen Partei) verpflichten. Hier war der Schuldner V verpflichtet, Rücksicht auf das Eigentumsrecht des Gläubigers K an dessen Pkw zu nehmen. Das Eigentumsrecht des K ist durch die Beschädigung des Fahrzeugs beeinträchtigt worden.

Der Schuldner V hat die Nebenpflicht aber nicht persönlich verletzt, vielmehr hat dessen Angestellter A die Verletzungshandlung begangen. Für dieses Verhalten könnte V nach § 278 BGB einstehen müssen. Dann müsste A *Erfüllungsgehilfe* des V gewesen sein und *zur Erfüllung der Verbindlichkeit* gehandelt haben. Das ist der Fall, weil A auf Veranlassung des V und in dessen Interesse zur Erfüllung des mit K geschlossenen Kaufvertrags tätig geworden ist.

§ 278 BGB regelt unmittelbar aber nur eine Zurechnung des (subjektiven) *Verschuldens* des Erfüllungsgehilfen auf den Schuldner, nicht aber eine Zurechnung der (objektiven) *Pflichtverletzung*. Nach dem Rechtsgedanken des § 278 BGB kommt die Vorschrift aber entsprechend für die Zurechnung der (objektiven) Pflichtverletzung zur Anwendung. Die von A begangene Verletzungshandlung mit der Folge

---

<sup>1</sup> Auch hier wird nochmals eine Darstellung mit Zwischenüberschriften und einer sehr feinen Gliederung gewählt.

der Beschädigung des Eigentums des K wird deshalb wie eine Pflichtverletzung des Schuldners V bewertet<sup>2</sup>.

### 1.3 Vertretenmüssen

Der Anspruch auf Schadensersatz setzt voraus, dass der Schuldner die Pflichtverletzung zu *vertreten* hat. Aus der Formulierung des § 280 Abs. 1 S. 2 BGB ergibt sich, dass bei Vorliegen einer (objektiven) Pflichtverletzung ein (subjektives) Vertretenmüssen, insbesondere ein Verschulden des Schuldners *vermutet* wird. Diese Vermutung muss vom Schuldner widerlegt werden. Enthält der Sachverhalt – wie hier – keine Angaben zur Widerlegung der Vermutung, bleibt diese bestehen.

Hier hat aber nicht V, sondern sein Erfüllungsgehilfe A gehandelt. Nach § 278 BGB wird dem Schuldner ein – tatsächlich vorhandenes – Verschulden seines Erfüllungsgehilfen wie ein eigenes Verschulden zugerechnet. Diese Regel gilt entsprechend für ein *vermutetes* Verschulden. Das bedeutet, dass die Vermutung des § 280 Abs. 1 S. 2 BGB auch dann eingreift, wenn nicht der Schuldner, sondern dessen Erfüllungsgehilfe gehandelt hat. In einem solchen Fall wird deshalb ein Verschulden des Erfüllungsgehilfen vermutet, für das der Schuldner nach § 278 BGB einzustehen hat. V hat laut Sachverhalt nichts vorgetragen, was die Vermutung entfallen lassen könnte<sup>3</sup>.

### 1.4 Schaden infolge der Pflichtverletzung

Durch die Pflichtverletzung muss es adäquat kausal zu einem *Schaden* des K gekommen sein. Der Schaden besteht hier darin, dass das Fahrzeug des K vorher nicht beschädigt war und nach dem Unfall für 6.000,– € repariert werden muss. Dieser Schaden beruht *adäquat kausal* auf der Pflichtverletzung des V, weil es nach der Lebenserfahrung nicht unwahrscheinlich ist, dass die Reparatur eines durch einen Lkw beschädigten Pkw 6.000,– € kostet.

K hat deshalb aus § 280 Abs. 1 BGB gegen V einen Anspruch auf Schadensersatz in Höhe der Reparaturkosten. Nach § 249 Abs. 2 BGB kann er den für die Reparatur *erforderlichen Geldbetrag* verlangen, hier also 6.000,– €.

## 2. Anspruch aus § 831 Abs. 1 BGB

Der Anspruch des K auf Schadensersatz gegen V könnte sich auch<sup>4</sup> aus § 831 Abs. 1 BGB ergeben.

<sup>2</sup> Diese Konstruktion ist schwierig. Man könnte auch argumentieren, dass objektiv eine Pflicht aus dem Schuldverhältnis verletzt wurde und lediglich prüfen, ob V die (objektive) Pflichtverletzung auch (subjektiv) zu vertreten hat.

<sup>3</sup> Das Gegenteil ist der Fall: A hat leicht unachtsam und damit fahrlässig gehandelt (vgl. § 276 Abs. 2 BGB).

<sup>4</sup> Ein und derselbe Anspruch kann auf mehreren Anspruchsgrundlagen beruhen!

## 2.1 Verrichtungsgehilfe

Dann müsste A Verrichtungsgehilfe des V gewesen sein. Verrichtungsgehilfe ist, wer von einem anderen – dem Geschäftsherrn – in *weisungsabhängiger Form* zu einer Verrichtung bestellt ist und in *Abhängigkeit* zum Geschäftsherrn steht. A war nach den Weisungen seines Arbeitgebers V damit betraut, die Maschine zu liefern und zu montieren. Er war als Arbeitnehmer auch sozial abhängig und deshalb Verrichtungsgehilfe des V. Der Umstand, dass A – wie festgestellt – auch Erfüllungsgehilfe des V ist (§ 278 BGB), steht der Qualifizierung als Verrichtungsgehilfe nicht entgegen. Dieselbe Person kann zeitgleich Erfüllungs- und Verrichtungsgehilfe sein.

## 2.2 Widerrechtliche Schädigung eines Dritten

A müsste K – einem Dritten – widerrechtlich einen Schaden zugefügt haben. Diese Voraussetzung verlangt zunächst, dass der Verrichtungsgehilfe den **objektiven Tatbestand** des § 823 Abs. 1 BGB verwirklicht. A muss deshalb

- durch eine Handlung
- adäquat kausal eines der durch § 823 Abs. 1 BGB geschützten Rechte oder Rechtsgüter des K verletzt haben.

Hier ist durch die **Handlung** des A – Wegfahren mit dem Lkw – das **Eigentumsrecht** des K am Pkw beschädigt worden. Eine **adäquate Kausalität** (haftungsbegründende Kausalität) ist gegeben, weil der Geschehensablauf – Anfahren des Pkw durch den Lkw mit der Folge der Beschädigung des Pkw – nach der Lebenserfahrung nicht ganz und gar unwahrscheinlich ist.

Außerdem muss die Verletzung **widerrechtlich** sein. Jede Verletzung eines fremden Rechtsgutes oder Rechts ist widerrechtlich, es sei denn, es liegt ein Rechtfertigungsgrund (insbesondere Einwilligung, Notwehr) vor. Da das hier nicht der Fall ist, ist die Verletzung rechtswidrig.

*Alternativlösung:* Die Widerrechtlichkeit (Rechtswidrigkeit) wird im Falle der Verletzung des Eigentums infolge des vorliegenden objektiven Tatbestands indiziert<sup>5</sup>.

Der **Schaden** besteht in Höhe der Reparaturkosten von 6.000,– €; die haftungsausfüllende **adäquate Kausalität** zwischen Eigentumsverletzung und dem Schaden ist ebenfalls gegeben, weil der Geschehensablauf zwischen der Beschädigung des Eigentums und der Höhe der Reparaturkosten nicht ganz und gar unwahrscheinlich ist.

## 2.3 In Ausführung der Verrichtung

Die Schädigung des K müsste **in Ausführung der Verrichtung** und nicht lediglich „bei Gelegenheit“ erfolgt sein. Dafür muss ein zeitlicher und sachlicher Zusammenhang zwischen der Verrichtung und dem Schaden bestehen. Hier erfolgte die Schädigung

<sup>5</sup> Ausnahmen im Falle eines Eingriffs in das Recht am Unternehmen und bei der Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts, vgl. S. 426 ff. im Lehrbuch.

nach Beendigung der Montagearbeiten. Gleichwohl besteht der erforderliche Zusammenhang, weil An- und Abreise für die Verrichtung erforderlich waren.

## 2.4 Verschulden des Geschäftsherrn

Es muss ein **Verschulden** des Geschäftsherrn V vorliegen. Dagegen kommt es nicht darauf an, ob der Verrichtungsgehilfe schuldhaft gehandelt hat. Im Rahmen des § 831 BGB wird ein Verschulden des Geschäftsherrn **vermutet**. Wie bei § 280 Abs. 1 S. 2 BGB hat sich der Geschäftsherr zu entlasten (exkulpieren). Dafür muss er darlegen und beweisen, dass er bei der *Auswahl und* – was oft übersehen wird – bei der *laufenden Überwachung* des Verrichtungsgehilfen die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beachtet hat. Da V nach dem Sachverhalt zur Frage 1) nichts zu seiner Entlastung vorgetragen hat, bleibt es beim vermuteten Verschulden. Damit liegen alle Voraussetzungen des § 831 Abs. 1 BGB vor. Für den Umfang der Schadensersatzpflicht gilt auch hier § 249 Abs. 2 BGB.

Der Schadensersatzanspruch des K gegen V ergibt sich damit aus § 280 Abs. 1 BGB und aus § 831 Abs. 1 BGB.

---

### Hinweis

Natürlich bekommt V insgesamt nur 6.000,- € und nicht etwa aus jeder Anspruchsgrundlage 6.000,- €. Zur Begründung des Urteils würde das Gericht nur eine AGL heranziehen, und zwar die, die sich am leichtesten begründen lässt. Er gilt der Satz: „Ein gutes Pferd springt nicht höher als es muss!“

---

## 2. Teil: Ansprüche gegen A

### 1. Anspruch aus § 280 Abs. 1 BGB

Gegen A kommt ein Anspruch aus § 280 Abs. 1 BGB nicht in Betracht, weil zwischen K und A *kein* Schuldverhältnis besteht. Andere vertragliche Ansprüche liegen ebenfalls nicht vor.

### 2. Anspruch aus § 823 Abs. 1 BGB

K könnte gegen A aber einen Schadensersatzanspruch aus § 823 Abs. 1 BGB haben. Wie im Rahmen des § 831 BGB geprüft, sind die Voraussetzungen

- Handlung des A
- Rechtsverletzung des K
- haftungsbegründende Kausalität zwischen der Handlung und der Rechtsverletzung
- Widerrechtlichkeit
- Schaden und
- haftungsausfüllende Kausalität zwischen der Rechtsverletzung und dem Schaden gegeben und deshalb nicht noch einmal zu untersuchen.

### Klausurtipp

Bitte achten Sie darauf: Alles, was Sie schon untersucht haben, dürfen Sie nicht noch einmal untersuchen. Vielmehr müssen Sie Bezug auf die bisherige Prüfung nehmen.

Zu prüfen ist deshalb nur noch, ob A **vorsätzlich** oder **fahrlässig** gehandelt hat. Im Rahmen des **§ 823 Abs. 1 BGB** wird das **Verschulden** – anders als nach § 831 BGB – **nicht vermutet**<sup>6</sup>, sondern muss positiv festgestellt werden.

Eine vorsätzliche, das heißt absichtliche Beschädigung des Fahrzeugs durch A liegt nicht vor. A könnte aber fahrlässig gehandelt haben. Nach § 276 Abs. 2 BGB handelt fahrlässig, wer die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer Acht lässt. Hier ist A eine leichte Unachtsamkeit unterlaufen. Dies reicht für die Annahme einer Fahrlässigkeit aus, weil A nicht so aufgepasst hat, wie es in der konkreten Situation erforderlich gewesen wäre.

Damit steht K ein Anspruch auf Schadensersatz in Höhe von 6.000,- € aus § 823 Abs. 1 BGB gegen A zu. Dieser Anspruch wird nicht dadurch ausgeschlossen, dass V als Schuldner (§§ 280 Abs. 1, 278 BGB) und als Geschäftsherr (§ 831 Abs. 1 BGB) ebenfalls haftet.

## 2. Frage: Ändert sich etwas, wenn V nachweist, dass er den A vor elf Jahren besonders sorgfältig ausgewählt hat?

### 1. Ansprüche gegen A

Wenn V nachweist, A vor elf Jahren sorgfältig ausgewählt zu haben, wäre A nach wie vor aus § 823 Abs. 1 BGB zum Schadensersatz verpflichtet. Für die Haftung des A ergibt sich also keine Änderung.

### 2. Ansprüche gegen V

Eine Änderung könnte sich bezüglich der Haftung des V ergeben. Wie festgestellt, haftet V nach § 280 Abs. 1 BGB und nach § 831 Abs. 1 BGB.

#### 2.1 Haftung nach §§ 280 Abs. 1, 278 BGB

Für die Haftung nach § 280 Abs. 1 BGB i. V. m. § 278 BGB ist es ohne Belang, dass V den A sorgfältig ausgesucht hat. Denn diese Haftung knüpft an das weiterhin vorliegende (vermutete) *Verschulden des A* an, das dem V wie ein eigenes Verschulden *zugerechnet* wird. Eine Entlastung (Exkulpation) des V ist im Rahmen des § 278 BGB nicht möglich.

#### 2.2 Haftung nach § 831 Abs. 1 BGB

Eine Änderung ist aber bei der auf § 831 Abs. 1 BGB gestützten Haftung möglich. Hier haftet der Geschäftsherr V für ein *vermutetes* eigenes Verschulden bei der

<sup>6</sup> Ausnahme im Falle der Produkthaftung (Produzentenhaftung), S. 316 f. im Lehrbuch.

Auswahl *und* Überwachung seines Verrichtungsgehilfen. Diese Vermutung ist gemäß § 831 Abs. 1 S. 2 BGB widerlegt, wenn der Geschäftsherr bei der Auswahl der bestellten Person – des Verrichtungsgehilfen – die im Verkehr erforderliche Sorgfalt beachtet hat. Da in der Vorschrift nur von der „Auswahl der bestellten Person“ die Rede ist, wird oft übersehen, dass es für die Exkulpation nicht ausreicht, wenn der Geschäftsherr den Verrichtungsgehilfen im Zeitpunkt der Einstellung sorgfältig ausgesucht hat. Er muss vielmehr auch darlegen und ggf. beweisen, dass er den Verrichtungsgehilfen **während des Beschäftigungsverhältnisses** sorgfältig überwacht hat. Da V zur laufenden Überwachung und Kontrolle des A nichts vorgebracht („vorgetragen“) hat, hat er sich *nicht* exkulpiert. Das vermutete Verschulden bleibt deshalb bestehen. V haftet damit auch aus § 831 BGB, sodass sich weder für die Haftung des A noch für die des V eine Änderung ergibt.

### 3. Frage: Wie ist das Verhältnis zwischen A und V?

---

#### Hinweis

Die folgenden Ausführungen verlangen eine hohe Konzentration. Dabei ist es ganz wichtig, dass Sie immer zwischen dem Außenverhältnis (A und V auf der *einen*, K auf der *anderen* Seite) und dem Innenverhältnis, das (nur) zwischen A und V besteht, unterscheiden.

---

#### Außenverhältnis

Nach § 840 Abs. 1 BGB sind V und A Gesamtschuldner, da beide K aus einer unerlaubten Handlung (§ 831 Abs. 1 BGB bzw. § 823 Abs. 1 BGB) zum Schadensersatz verpflichtet sind. Der Geschädigte K kann sich nach § 421 Abs. 1 BGB aussuchen, von wem er den Schaden ersetzt haben möchte<sup>7</sup>. Diese Regelung betrifft das Außenverhältnis.

#### Innenverhältnis

Das Innenverhältnis der Gesamtschuldner (also zwischen A und V) regelt § 840 Abs. 2 BGB, der als spezielle Vorschrift der allgemeinen Regelung des § 426 BGB vorgeht. Weil V (nur) aus § 831 BGB haftet, muss A, der im Innenverhältnis zu V „*der andere*“ ist, nach § 840 Abs. 2 BGB den Schaden allein tragen. Derjenige, der den Schaden selbst aktiv herbeigeführt hat, soll im Innenverhältnis nämlich allein haften. Das würde bedeuten, dass in Arbeitsverhältnissen der Arbeitnehmer – Verrichtungsgehilfe – im Innenverhältnis gegenüber dem Arbeitgeber – Geschäftsherrn – in vollem Umfang haften müsste.

---

#### Hinweis

A müsste also intern den vollen Schaden allein tragen, sein Chef V „wäre im Innenverhältnis raus“. Wenn V dem K – also im Außenverhältnis – Schadensersatz geleistet hätte, könnte er den Betrag komplett vom Arbeitnehmer A ersetzt verlangen.

---

<sup>7</sup> Zur Gesamtschuld vgl. S. 196 ff. im Lehrbuch.



Finden Sie das gerecht?

Dieses Ergebnis wird als nicht gerecht angesehen, weil der Arbeitnehmer große Haftungsrisiken zu tragen hätte. Deshalb hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) zum Schutz der Arbeitnehmer gegen den Wortlaut des § 840 Abs. 2 BGB die **Grundsätze über die Beschränkung der Arbeitnehmerhaftung** entwickelt: Diese Rechtsprechung gilt für alle Arbeiten, die betrieblich veranlasst sind und aufgrund eines Arbeitsverhältnisses geleistet werden<sup>8</sup>. Sie betrifft dabei nur das Innenverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Die Haftung des Arbeitnehmers aus § 823 Abs. 1 BGB gegenüber dem Geschädigten im Außenverhältnis bleibt unberührt.

Die Frage, ob und in welchem Umfang der Arbeitnehmer für einen von ihm angerichteten Schaden im *Innenverhältnis* haftet, richtet sich – neben anderen Kriterien – insbesondere nach dem *Grad seines Verschuldens*. Das BAG unterscheidet dabei zwischen leichtester, normaler, grober Fahrlässigkeit und Vorsatz. Im Falle grober Fahrlässigkeit und bei Vorsatz des Arbeitnehmers hat dieser in aller Regel im Innenverhältnis den gesamten Schaden zu tragen<sup>9</sup>, bei leichtester Fahrlässigkeit haftet er dagegen (gar) nicht, während der Schaden bei normaler Fahrlässigkeit (§ 276 Abs. 2 BGB) in der Regel zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer quotal zu verteilen ist<sup>10</sup>.

Da A nur leicht unachtsam handelte, liegt ein Fall der leichtesten Fahrlässigkeit vor, sodass seine Haftung im Verhältnis zu V, also im Innenverhältnis zwischen den Gesamtschuldnern, entgegen § 840 Abs. 2 BGB ausgeschlossen ist. Das ändert allerdings nichts daran, dass A im Außenverhältnis, also gegenüber K, weiter voll nach § 823 Abs. 1 BGB haftet. Falls A von K in Anspruch genommen wird, könnte er aber von V verlangen, dass dieser ihn von der Haftung *freistellt*, also für ihn einspringt.

Dies wird hier aber nicht erforderlich sein, da ein Verkehrsunfall vorliegt. K kann deshalb die Zahlung der Reparaturkosten nach § 115 Abs. 1 Nr. 1 VVG (Versicherungsvertragsgesetz) auch direkt von der Versicherung verlangen, bei der das Fahrzeug des V haftpflichtversichert ist. K wird diese Möglichkeit nutzen, um das Geld schnell zu bekommen. Aufgrund der bestehenden Kfz-Haftpflichtversicherung wird der Schaden des K von der Versicherung des V ausgeglichen, sodass weder auf V noch auf A Ansprüche zukommen.

Der Versicherung steht wegen des nur geringen Verschuldens des A kein Regressanspruch gegen den Versicherungsnehmer (Versicherten) oder den Schädiger A zu. Allerdings kann es zu einer Erhöhung der Versicherungsprämie kommen, weil sich der Schadensfreiheitsrabatt reduzieren könnte.

<sup>8</sup> BAG, NJW 1995, S. 210, 211.

<sup>9</sup> Vgl. aber BAG, NJW 2011, S. 1096, Rn. 26.

<sup>10</sup> BAG, NJW 1995, S. 210, 213.